



Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Newsletter im Wahlkreisbüro von Svenja Stadler (siehe Impressum) zum regelmäßigen Bezug per E-Mail bestellen.

Bürgersprechstunde

Für den vertraulichen Austausch mit Menschen aus dem Wahlkreis bietet Svenja Stadler die Bürgersprechstunde im Büro in Winsen, Marktstraße 34, an.

Die nächste ist am Mittwoch, 16. November, von 15 - 17 Uhr. Telefonische Anmeldung unter (0 41 71) 6 92 90 90.

Durchbruch bei Bund-Länder-Finzen

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

mit der kürzlich erreichten Einigung über die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern haben wir einen großen Schritt gemacht. Das alte System des Ausgleichs zwischen den Ländern war schon lange in der Krise und die Verhandlungen zwischen 16 Ländern und dem Bund waren mehr als schwierig. Mit der jetzt gefundenen Einigung schaffen wir finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030.

Zukünftig wird der Bund sich stärker engagieren, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Länder zu gewährleisten. Der Bund übernimmt damit eine Verantwortung für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland, ohne die Länder aus der Solidarität zu entlassen. Besonders freut es mich, dass wir es geschafft haben, das strikte Kooperationsverbot aufzuweichen. Damit kann der Bund in Schulen und Gebäude investieren (allerdings nicht in die Bildung selbst).

Bislang waren Kooperationen mit den Ländern im Schulbereich unter-

sagt. Mit der vereinbarten Grundgesetzänderung wird dieses Verbot erstmals aufgebrochen. Hierfür hat die SPD-Bundestagsfraktion seit Jahren gekämpft: Moderne, gut ausgestattete Schulgebäude und Klassenräume sowie eine zeitgemäße IT-Ausstattung. Denn das alles ist mitentscheidend für mehr Chancengleichheit in der Bildung.

Für die Kommunen gibt es ebenfalls gute Nachrichten: So soll unter anderem ein Investitionsprogramm im Umfang von sieben Milliarden Euro aufgelegt werden, um die Investitionskraft ärmerer Kommunen zu stärken.

Darüber hinaus erwarte ich, dass die Länder die Kommunen an ihrer verbesserten Finanzsituation teilhaben lassen und entsprechend Gelder weiterleiten. Jetzt liegt die Umsetzung der Einigung bei uns im Deutschen Bundestag. Bringen wir sie schnell auf den Weg und schaffen wir Voraussetzungen für einen fairen Ausgleich zwischen allen Regionen in unserem Land.

Ihre

Was ist eigentlich – der Länderfinanzausgleich?

Der Länderfinanzausgleich ist ein Mechanismus zur Umverteilung finanzieller Mittel zwischen Bund und Ländern, sowie zwischen den Ländern untereinander. Dadurch sollen gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands ermöglicht und damit eine Forderung des Grundgesetzes erfüllt werden. Beim Länderfinanzausgleich im engeren Sinne fließt

Geld von den finanzstarken an die finanzschwachen Länder. Zusätzlich gibt es Zuschüsse des Bundes, die unter den Ländern verteilt werden. Die Schere zwischen reichen und armen Ländern ist in den letzten Jahren immer weiter gewachsen. 2015 zahlten nur vier Länder in den Ausgleich ein (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg), die übrigen erhielten Zu-

schüsse. Auch deshalb wurde jetzt eine Neuregelung gesucht. Von 2020 an sollen neue Regeln bei der Umverteilung zwischen Bund und Ländern gelten: Künftig gleichen die Länder ihren Reichtum und ihre Armut nicht mehr untereinander aus - diese Aufgabe übernimmt der Bund. Im Gegenzug erhält der Bund mehr Kompetenzen zum Beispiel im Bildungsbereich.

Integration über Handwerkslehre

Über das Integrationsprojekt Handwerkliche Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber (IHAFa) der Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade informierte sich Svenja Stadler jetzt im Lüneburger Technologiezentrum der Kammer. Michael Binder, unter anderem Abteilungsleiter des Projekts, und Katharina Deze, IHAFa-Koordinatorin für die Region Lüneburg, empfingen die Bundestagabgeordnete zum Informationsaustausch.

„Ein gutes Projekt, dass nicht zuletzt durch die regionalen Koordinatorinnen zum einen feste Ansprechpartnerinnen für alle Beteiligten und Interessierten bereitstellt und zum

anderen dadurch das notwendige Netzwerk schafft“, betont Stadler. „Darüber hinaus leistet es einen wichtigen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.“

die ersten Monate begleitet werden. Das Modellprojekt wird vom Landeswirtschaftsministerium niedersachsenweit mit rund 1,1 Millionen Euro gefördert.



Katharina Deze und Michael Binder von der Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade begrüßten Svenja Stadler zum Gespräch in Lüneburg.

Foto: HWK

Denn selbst die soziale Integration erreiche man am besten über die Vermittlung von Arbeit.

Aufgabe der IHAFa-Koordinatorinnen ist es, Flüchtlinge auszuwählen, die für eine Kompetenzfeststellungsmaßnahme in Frage kommen. Es folgen Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen sowie ein Bewerbungs- und Behördencoaching für die Flüchtlinge, die anschließend bei erfolgreicher Vermittlung in eine Ausbildung noch

Konfliktfall: Erlaubnis zur Arbeit, aber kein Asyl

Im Buchholzer Tierheim ist der Albaner Marenglen Pisha (24) als Tierheimhelfer angestellt. Von der Ausländerbehörde wird seine Arbeitserlaubnis immer wieder nur befristet ausgestellt, weil Pishas Asylantrag abgelehnt wurde und er sich deshalb im Duldungsstatus befindet. Weil Pisha aus einem als sicher deklarierten Herkunftsland kommt, hat er kaum Aussicht auf Asyl in Deutschland.

Rolf Schekerka, 1. Vorsitzender des Tierschutzvereins Buchholz, und Frank Kettwig, 2. Vorsitzender, können diesen Umstand nur schwer nachvollziehen und haben sich daher an die Politik gewandt – sogar an die Bundeskanzlerin, damit an der aus ihrer Sicht unhaltbaren Situation etwas geändert wird.

„Mir fällt es auch schwer, zu akzeptieren, dass jemand abgeschoben werden soll, der hier nachweislich nicht nur arbeiten will, sondern auch arbeiten kann“, so Svenja Stadler.

Die Abgeordnete suchte zu dem Thema jetzt das Gespräch mit den Tierschutzvereins-Vorsitzenden Schekerka und Kettwig. „Es erweist sich nicht nur in diesem Fall als ein

Manko, dass Deutschland kein nachhaltiges Einwanderungsgesetz besitzt“, bemerkt Stadler. Momentan könne sie als Abgeordnete nicht wesentlich mehr ausrichten, als wiederholt in ihrer politischen Arbeit in Berlin darauf das Augenmerk zu richten und die entsprechenden Fachkollegen unermüdlich zu sensibilisieren – auch im konkreten Fall von Marenglen Pisha.



Svenja Stadler mit Frank Kettwig (l.) und Rolf Schekerka.

Foto: Foto Kettwig

Die Flexi-Rente ist auf den Weg gebracht

Immer mehr ältere Menschen in Deutschland können und wollen länger erwerbstätig sein. Heute ist mehr als die Hälfte der 60- bis 64-Jährigen berufstätig. Aber es gibt auch viele Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zur Regelaltersgrenze arbeiten können. Für sie ergeben sich Nachteile im Rentenübergang.

Damit ältere Beschäftigte möglichst lange erwerbstätig bleiben können, sollen sie bessere Möglichkeiten bekommen, den Übergang in den Ruhestand flexibel und selbstbestimmt zu gestalten. Deshalb hat der Deutsche Bundestag in der vergangenen Sitzungswoche die von der Koalition auf den Weg gebrachte Flexi-Rente beschlossen. „Unser Ziel war, anstelle eines starren Korsetts selbstbestimmte Möglichkeiten

für einen schrittweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben zu schaffen. Dabei sollen sowohl individuelle Erwerbsbiografien wie auch die per-

sönlichen Vorstellungen der Beschäftigten berücksichtigt werden“, so Svenja Stadler. Zentral sei, dass die Beschäftigten gesund und fit das Rentenalter erreichen können. „Wir wollen verhindern, dass Menschen

aus gesundheitlichen Gründen früh aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen, arbeitslos werden oder Erwerbsminderungsrente beziehen müssen. Daher schafft die Flexi-Rente eine Vorsorgekette, die von der Prävention über die Rehabilitation bis zur Nachsorge reicht“, erläutert Stadler das Gesetz. Mit einem individuellen berufsbezogenen Gesundheitscheck für alle ab 45 sollen Präventions- und Rehabilitationsbedarfe frühzeitig erkannt und passende Maßnahmen angeboten werden.

Weiterhin werde der Renteneintritt individueller und flexibler. Die Teilrente könne stufenlos in Anspruch genommen werden. „So kann der Übergang in die Rente schrittweise und passend zur individuellen Lebensplanung erfolgen“, so Svenja Stadler.

Jetzt für freiwillige Kulturarbeit im Ausland bewerben!

Aktuell läuft wieder die Bewerbungsrunde für kulturweit, den internationalen Freiwilligendienst der Deutschen UNESCO-Kommission. Kulturweit vermittelt junge Menschen zwischen 18 und 26 Jahren in Organisationen der internationalen Kultur- und Bildungsarbeit.

Das UNESCO-Projekt ist mit dem Quifd-Siegel für Qualität in Freiwilligendiensten ausgezeichnet, als Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland anerkannt und wird durch das Auswärtige Amt gefördert. Für sechs oder zwölf Monate bekommen die Freiwilligen einen Einblick in das große Ganze: gesellschaftlich, kulturell und bildungspolitisch. Während



Organisation
der Vereinten Nationen
für Bildung, Wissenschaft
und Kultur



Freiwilligendienst **kulturweit**
• **Deutsche**
• **UNESCO-Kommission e.V.**

ihres Freiwilligendienstes realisieren sie verschiedene Projekte im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik weltweit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden über die gesamte Zeit durch ein pädagogisches Begleitprogramm unterstützt, bei Problemen aller Art steht ein Ansprechpartner in den Einsatzstellen vor Ort und im kul-

turweit-Büro in Deutschland zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es, umfassenden Versicherungsschutz, Zuschüsse zu Reisekosten, einen Sprachkurs und monatlich 350 Euro.

„Kulturweit bietet jungen Menschen die großartige Möglichkeit, einmalige Erfahrungen zu sammeln und

sich selbst in Bereichen auszuprobieren, auf die man sonst vielleicht niemals gekommen wäre“, so Svenja Stadler. „Bewerben lohnt sich also in jeder Hinsicht.“

Die Bewerbungsphase für einen Freiwilligendienst ab September 2017 läuft noch bis 1. Dezember 2016. Bewerbungen sind unter www.kulturweit.de möglich.

Merle (15) erlebt Politik aus nächster Nähe

Unter den Teilnehmern am dreitägigen Planspiel Zukunftsdialog der SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag befand sich jetzt auch Merle Paulick (15) aus Buchholz.

Als jüngste Teilnehmerin am diesjährigen Planspiel wurde die Schülerin vom Gymnasium Am Kattenberge sogar in den Fraktionsvorstand gewählt und hatte als bildungs-politische Sprecherin der SPD-Fraktion wesentlichen Anteil an dem Beschluss, den die Nachwuchspolitikerinnen und -politiker fassten: Die Abschaffung des Bund-Länder-Kooperationsverbots in der Bildungspolitik.

Das Planspiel, das in dieser Form im Bundestag lediglich von der SPD-Fraktion angeboten wird, fand zum vierten mal statt. 100 Jugendliche aus ganz Deutschland waren dabei. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Wehr- und Freiwilligendienstleistende und Studierende erhalten hierdurch die Chance, in die



Die „bildungspolitische Sprecherin“ Merle Paulick mit Svenja Stadler, die sie zum Planspiel nach Berlin eingeladen hatte.

Rolle eines Abgeordneten zu schlüpfen und aktiv Politik zu erleben.

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte mit ihrem Angebot zeigen, wie Politik funktioniert und wie eine Fraktion arbeitet. Alle Abläufe innerhalb einer Fraktion werden dabei

spielerisch simuliert. Die Jugendlichen wählen ihren Fraktionsvorstand und erarbeiteten in engagierten Debatten ihre Anträge in vier Arbeitsgruppen. Die Inhalte der Beratungen orientieren sich an aktuellen Themen, mit denen sich auch die reale SPD-Bundestagsfraktion beschäftigt.

„Die Planspielerinnen und Planspieler haben an den drei Tagen genauso gearbeitet, wie die richtige SPD-Fraktion“, so Stadler. „Ich freue mich, dass wir so viele junge, engagierte Menschen in Berlin erleben durften und uns von ihnen inspirieren lassen konnten“.

Zudem gab es im Rahmen des Spiels ein aus fünf Nachwuchsjournalisten bestehendes Redaktionsteam aus den Reihen der Teilnehmer, das eine eigene Zeitung erstellte und in verschiedenen Artikeln über die Vorgänge, Diskussionen und Entscheidungen in der simulierten Fraktion berichtete.

Aufgeschnappt

„Es ist keine Lehre so närrisch oder schändlich, die nicht auch Schüler und Zuhörer finde“

*Martin Luther (1483-1546),
theologischer Urheber der Reformation*

Impressum

Svenja Stadler, MdB
Marktstraße 34
21423 Winsen
Tel.: (0 41 71) 6 92 90 90
Fax: (0 41 71) 6 92 90 99
Email: svenja.stadler@bundestag.de



Redaktion

Berliner Büro:
M. Delius/S. Tobiasen/
A. Knobloch-Minlend
Wahlkreisbüro:
F. Augustin/A. Wolter-Deibele/
L. Ritz

Als Gastreferentin im Emsland



Svenja Stadler mit Gastgeberin Dr. Daniela De Ridder sowie Christian Hüser (l.), Freiwilligenzentrum Meppen, und Johannes Hessel, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Meppen.

Die Einladung von Bundestags- und Parteikollegin Dr. Daniele De Ridder nach Meppen nahm Svenja Stadler gerne entgegen, ging es vor Ort doch um eine Veranstal-

tung zum Thema Bürgerschaftliches Engagement. Als Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für diesen Bereich konnte Stadler mehrere wichtige bundespolitische Aspekte in die Diskussion unter dem Motto „Arbeit für Gotteslohn – Was bringt das Ehrenamt?“ einbringen. Für den regionalen Blickwinkel sorgte Christian Hüser vom Freiwilli-

genzentrum der Stadt Meppen. Der Abstecher ins Emsland habe ihr weiter interessante Einblicke in regionale Ehrenamtskonzepte gewährt, so Stadler rückblickend.